



GEPRELLTE LÖHNE

„Finanzkontrolle Schwarzarbeit soll in Duisburg und am Niederrhein präsenter sein“



Lohn-Prellerei bis illegale Beschäftigung: Beamtinnen und Beamte des Zolls decken immer wieder Missstände auf. Die IG BAU fordert noch mehr Kontrollen. Außerdem brauche der Zoll mehr Personal, um die Einhaltung des gesetzlichen Mindestlohns, der auf 12 Euro steigen soll, sicherzustellen. Foto: IG BAU

Geprellte Löhne: Duisburger Zoll leitete 114 Verfahren gegen Firmen ein

Lohn-Prellerei aufgedeckt: Das Hauptzollamt Duisburg hat im vergangenen Jahr 114 Verfahren gegen Unternehmen in der Region eingeleitet, weil Mindestlöhne unterschritten, gar nicht oder zu spät gezahlt wurden. Dabei verhängten die Beamten Bußgelder in Höhe von rund 153.000 Euro. Das teilt die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf eine Erhebung des Bundesfinanzministeriums für den Bundestagsabgeordneten Bernhard Daldrup (SPD), der auch Mitglied im Finanzausschuss des Parlaments ist. Demnach entfielen 31 Ordnungswidrigkeitsverfahren auf Baufirmen in der Region, gegen die Geldbußen von 17.400 Euro verhängt wurden.

„Die Zahlen zeigen, dass es viele Arbeitgeber mit der Bezahlung ihrer Beschäftigten nicht so genau nehmen. Der Zoll sollte daher auch in Duisburg und am Niederrhein noch mehr Präsenz zeigen. Das Risiko für schwarze Schafe, bei einer Kontrolle erwischt zu werden, ist noch immer zu gering“, sagt Karina Pfau. Die IG BAU-Bezirksvorsitzende verweist darauf, dass die Arbeit, die auf die Zolleinheit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) zukommt, mehr werde.

Denn mit der geplanten Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde stiegen ab Oktober auch die Einkommen Tausender Menschen allein in Duisburg und am Niederrhein. „Der Staat muss dann sicherstellen, dass die Beschäftigten den höheren Mindestlohn auch wirklich bekommen. Die wichtige und überfällige Erhöhung des unteren Lohnsockels darf nicht nur auf dem Papier gelten“, so die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein.

Die Gewerkschafterin warnt vor bloßen „Placebo-Kontrollen“, sollte das Hauptzollamt Duisburg die Arbeitgeber-Prüfungen nicht deutlich ausweiten. „Entscheidend ist, dass die FKS zusätzliches Personal bekommt. Das Bundesfinanzministerium als oberster Dienstherr der Zollverwaltung muss sich mit Hochdruck um neue Kontrolleure kümmern.“

Kritik übt die IG BAU zudem an einem „staatlichen Zuständigkeits-Wirrwarr“. So hätten die Arbeitsschutzbehörden beispielsweise die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften und Standards bei Unterkünften ausländischer Beschäftigter im Blick. Allerdings fehle es in den Ämtern ebenfalls an Personal – obwohl sie in der Pandemie zusätzliche Aufgaben wie die Kontrolle der Corona-Vorschriften am Arbeitsplatz bekommen hätten. Die FKS des Zolls hingegen kümmere sich um die Prüfung von Lohn- oder Steuerabrechnungen. „In der Praxis wäre eine staatliche Arbeitsinspektion aus einer Hand sinnvoller. Als übergeordnete Behörde könnte sie für die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte und Sozialvorschriften Sorge tragen“, so Pfau.



Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums kontrollierte das Hauptzollamt Duisburg im vergangenen Jahr insgesamt 1.163 Unternehmen in der Region – 283 davon aus der Baubranche. Im Fokus der Fahnderinnen und Fahnder standen neben Lohn-Tricksereien insbesondere auch Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Steuerbetrug: Insgesamt leiteten die Duisburger Zöllner hier 3.706 Strafverfahren ein (Bau: 320).

Lokalkompass.de

Furcht vor Flug-Chaos zum Ferienstart

NRW erhöht Druck auf den Bund – Mehr Sicherheitskontrollen sollen besetzt werden

Tobias Blasius
und Matthias Korfmann

Düsseldorf. Kurz vor dem Start der Sommerferien hat das NRW-Verkehrsministerium den Bund aufgefordert, die mitunter chaotischen Zustände an den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn in den Griff zu bekommen. „Es muss dringend dafür gesorgt werden, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen in akzeptabler Zeit durch die Kontrollstellen kommen“, sagte ein Sprecher von Verkehrsministerin Ina Brandes (CDU). Die hohen Passagierzahlen rund um die Sommerferien hätten sich lange angekündigt.

Düsseldorf erwartet am Wochenende 200.000 Passagiere
Allein der Flughafen Düsseldorf rechnet am ersten Ferienwochenende mit mehr als 200.000 Passagieren. Die klassischen Ferienflüge müssen damit praktisch wieder unter Volllast abgewickelt werden; lediglich der Langstrecken- und Geschäftsverkehr leidet noch unter den Folgen der Corona-Flaute. Bereits am Mittwochabend drängelten sich Hunderte Menschen vor den Kontrollen, es kam zu Tumulten, die Bundespolizei musste eingreifen. Seit Wochen sorgen lange Schlangen an den Sicherheitskontrollen, mehrstündige Wartezeiten beim Check-In und Probleme bei der Gepäckentladung für negative Schlagzeilen. Hinzu kommen Engpässe bei Fluggesellschaften, die personell ausgedünnt sind und wegen Corona-Erkrankungen in ihren Crews kurzfristig Flüge streichen müssen.

Die Sicherheitskontrolle in Düsseldorf wickelt der private Sicherheitsdienstleister DSW im Auftrag der Bundespolizei ab. Es fehlt aber an qualifiziertem Personal, um in Spitzenzeiten alle Kontrollstraßen zu bedienen. Einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge fehlen bundesweit an Flughäfen 7200 Fachkräfte. Es gebe kei-



Geduld ist gefragt: Zum Ferienstart in NRW erwarten die Flughäfen – wie hier in Düsseldorf – einen riesigen Ansturm von Urlaubern. Reiseexperten raten zur rechtzeitigen Anreise.

IMAGO STOCK

ne Reserven mehr am Arbeitsmarkt, um die Lücken beim Luft- und Bodenpersonal zu füllen, so die Autoren.

ne Reserven mehr am Arbeitsmarkt, um die Lücken beim Luft- und Bodenpersonal zu füllen, so die Autoren.

Nach Informationen unserer Zeitung soll nun zum Start der Sommerferien in Düsseldorf eine zusätz-

liche Sicherheitsfirma tätig werden. „Das Unternehmen wird drei Kontrollspuren besetzen“, so ein Sprecher der Bundespolizei. Das bislang noch ungenannte Unternehmen habe qualifizierte Luftsicherheitsassistenten, bringe Erfahrungen von

anderen Flughäfen mit und habe seine Dienstleistung aktiv bei der Behörde angeboten. „Die Beteiligung einer zweiten Firma ist das Eingeständnis, dass die Vergabe der Sicherheitskontrollen an gewinnorientierte Unternehmen geschei-

tert ist. Falls es sich nur um eine Handvoll Sicherheitsdienstler zusätzlich in Düsseldorf handeln sollte, werden wir in den kommenden Tagen erneut lange Warteschlangen im Airport sehen“, sagte Verdi-Gewerkschaftssekretär Özyay Tarım auf Anfrage. 40 bis 50 ausgebildete Kontrolleure müssten als Verstärkung kommen, weniger seien „nur ein Tropfen auf den heißen Stein“.

Die Landesregierung sieht vor allem Berlin in der Pflicht: „Leider warten die Länder seit Jahren auf eine vom Bund angekündigte Reform der Passagierkontrolle. Das Thema wird auch wiederholt im Rahmen der Verkehrsministerkonferenzen angesprochen – leider bisher ohne Konsequenz“, so der Sprecher des Verkehrsministeriums.

Landesregierung verweist auf die „Flugärger-App“
Die SPD-Opposition im Landtag fordert seit langem, die seit 1993 privatisierten Sicherheitskontrollen wieder zu einer staatlichen Aufgabe zu machen und nicht länger als Geschäftsmodell für gewinnorientierte Sicherheitsunternehmen anzubieten.

Zuletzt hatten sogar Passagiere ihre Flüge verpasst, die sich mehrere Stunden vor dem Boarding in der Abflughalle angestellt hatten. Anwaltskanzleien raten Reisenden bereits, das Eintreffen im Flughafengebäude per Foto mit Zeitstempel zu dokumentieren, um später leichter Entschädigungszahlungen einfordern zu können. Das NRW-Verkehrsministerium verweist derweil auf die kostenlose „Flugärger-App“ des Landes. Damit könnten Passagiere ihre Entschädigungsansprüche einfach und kostenlos über ihre Fluggastrechte prüfen lassen.

Die kleineren nordrhein-westfälischen Flughäfen Dortmund und Münster/Osnabrück, die in die Zuständigkeit der Bezirksregierungen fallen, erwarten nach eigenen Angaben zum Ferienstart keine Probleme. *Rhein-Ruhr/Wirtschaft*